

Frank Raberg

Zweifellos ist Franz Gog nicht allein seiner, wenn man so sagen darf, verfassungspolitischen Erfahrung wegen Vorsitzender des Ausschusses geworden, sondern auch deshalb, weil es keine rechte Alternative zu ihm gab. Franz Gurk und sein Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, Simpfendörfer, waren in der »parlamentarischen Schlacht« unabhömmlich; Albert Sauer war als Abgeordneter und Oberbürgermeister von Ravensburg bereits stark ausgelastet, ebenso erging es Dr. Anton Huber (* 1905), dem Landrat des Kreises Aalen. Hermann Dold kränkelte des öfteren (er starb im Mai 1953), Prälat Dr. Franz Hermann (1904–1993) war ganz neu im Parlament und wäre als katholischer Geistlicher unter Umständen von den Mitgliedern der anderen Parteien nur unter Schwierigkeiten akzeptiert worden. Die badischen Abgeordneten Kühn, Schneider und Werber scheinen ebenfalls zu keiner Zeit zur Diskussion gestanden zu haben, obwohl zumindest Kühn als Mitglied des Parlamentarischen Rates und der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden eine Erfahrung einzubringen hatte, die jener Gogs in nichts nachstand.

Leicht war das neue Amt gewiß nicht zu handhaben. Der Vorsitzende mußte stets auf dem neusten Beratungsstand sein und zu diesem Zweck ganze Papierstöße lesen. Außerdem schlugen auch im Verfassungs-Ausschuß die atmosphärischen Störungen durch, die seit der Regierungsbildung durch Reinhold Maier ganz ohne Frage nicht nur die Zusammenarbeit im Parlament erschwerten, sondern auch das politische Leben im Land belasteten. Die Beratungen im Ausschuß wurden zunehmend hitziger, da die Regierungsparteien den von der Regierung erarbeiteten Verfassungsentwurf gegen den maßgeblich von Gebhard Müller gefertigten Gegenentwurf der CDU durchzusetzen suchten. Obwohl die CDU die meisten Abgeordneten im Ausschuß stellte, kam es immer häufiger zu 11-zu-14-Abstimmungsergebnissen, da die 14 Abgeordneten der Regierungsparteien geschlossen gegen die CDU stimmten.

Außerdem prallten sehr unterschiedliche Temperamente aufeinander, die Gog als Vorsitzender zu »zügeln« hatte. Es ist ihm dies nicht immer gelungen. So verstieg sich Albert Pflüger, einer der ältesten und zugleich am schärfsten formulierenden Abgeordneten der Landesversammlung im Verfassungs-Ausschuß zu der Aussage, die CDU verhöhne mit ihrem Wunsch der Einführung eines Senats die Bevölkerung. Müller forderte Gog auf, wegen dieser Beleidigung von seiten Pflügers einzuschreiten. Der gegenüber Pflüger um fast dreißig Jahre jüngere Ausschuß-Vorsitzende sagte sehr vorsichtig, er glaube auch, daß er ihm nach der Geschäftsordnung das Mißfallen aussprechen müsse. Pflügers Fraktionskollege Willi Lausen (1901–1972) wies umgehend darauf hin, in ähnlichen Fällen seitens der CDU sei auch nicht das Mißfallen ausgesprochen worden, worauf Gog entgegnete: *Ich darf doch dringend bitten, die Verhandlungen des Ausschusses möglichst sachlich zu führen. Ich glaube, es wäre richtig, wenn wir diesen Ausschuß nicht zu einer, möchte ich sagen, vorweggenommenen Plenarberatung machen und wenn wir uns bemühen würden, möglichst sachlich bei der Beratung der Materie zu bleiben und bei dem Ton zu bleiben, den wir seit Beginn der Verfassungsberatungen gehabt haben. Ich verstehe, Herr Abg. Pflüger, daß Sie bei Ihrem Temperament einer kleinen Entgleisung zum Opfer gefallen sind*, was dieser aber lautstark abstritt, während Lausen nochmals insistierte, Gog habe ähnliche Ausdrücke auch nicht gerügt. Der Vorsitzende rief alle Anwesenden auf, sich künftig größter Sachlichkeit zu befleißigen.²⁰⁶

Auch die Tatsache, daß sich Gog als Vorsitzender und natürlich stets im Sinne des CDU-Entwurfes sehr häufig inhaltlich an diesen Beratungen beteiligte, führte zu Mißstimmung, wenn man auch keinesfalls davon sprechen kann, die Regierungsparteien hätten *heftige Angriffe auf die Geschäftsführung des Ausschußvorsitzenden Gog*²⁰⁷ geführt.

206 Ebd., S. 530.

207 So bei UWE DIETRICH ADAM: Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und im Landtag. In: WEINACHT (wie Anm. 22), S. 257–278, hier: S. 260.